

INHALT

1. Forderung der Opposition zur Rücknahme des Lehrerbildungsgesetzes wird abgelehnt
2. CDU-Fraktion in Aktueller Stunde für Vorratsdatenspeicherung und schnellere Genehmigung von Windkraftanlagen
3. Landtag berät CDU-Antrag zum Wohnungsbau
4. Scheidende Bürgerbeauftragte Birgit Wille berichtet dem Landtag
5. CDU fordert Einhaltung vertraglicher Grundlagen mit Muschel- und Krabbenfischern
6. Lübeck endlich auf dem Weg zur Stiftungsuniversität

09.04.2014

Forderung der Opposition zur Rücknahme des Lehrerbildungsgesetzes wird abgelehnt Ministerpräsident Albig macht sich Gesetzentwurf zu Eigen

In einer hitzigen zweistündigen Debatte ging es heute um den umstrittenen Lehrkräftebildungsgesetzentwurf von Wissenschaftsministerin Professor Wende. CDU, FDP und Piraten hatten gemeinsam beantragt, diesen Entwurf zurückzuziehen. CDU und FDP hatten den Rücktritt der Ministerin gefordert. Wende ließ in ihrer allgemein gehaltenen Rede nicht einmal Zwischenfragen zu. Sie beteuerte noch einmal, mit den veranschlagten Haushaltsmitteln auszukommen.

CDU-Hochschulexperte Daniel Günther kritisierte Wende in seiner Rede scharf, wobei er den Ministerpräsidenten und die Finanzministerin in die Kritik mit einbezog. Heinold habe bislang sehr viel Wert auf die Aussage gelegt, wie sehr sie bei diesem Gesetzentwurf auf die Kostenberechnung von Frau Wende verlasse: „Frau Heinold, was – wenn nicht die Kosten - prüfen Sie eigentlich als Finanzministerin, bevor Sie einen Gesetzentwurf mitzeichnen? Die Kommasetzung?“, fragte Günther.

Albig persönlich trage Verantwortung dafür, dass dieser Gesetzentwurf vom Landeskabinett verabschiedet und dem Landtag zugeleitet wurde. „Herr Albig, diese schlampige Arbeit ist Ihr Problem“, so Günther.

Im gesamten Anhörungsverfahren und bei der Parlamentsinformation sei ausdrücklich nur auf sieben Fächer in Flensburg Bezug genommen worden. Wende habe das Kabinett, den Landtag und die Universitäten über Monate hinweg getäuscht. „Sie hat Landesregierung und Landtag in allerletzter Minute falsch berechnete Ausbaupläne für ihre eigene Universität Flensburg untergejubelt. Wer Kabinett und Parlament über seine wahren Pläne täuscht, muss

zurücktreten“, so Günther.

Am Ende griff Ministerpräsident Albig selbst in die Debatte ein. Er stellte sich voll hinter das Gesetz und übernahm Verantwortung für die veranlassten Änderungen.

Daraufhin stellte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen fest: „Ministerpräsident Albig persönlich ist damit direkt verantwortlich für den Inhalt des Gesetzentwurfs und den Bruch der Vereinbarung mit der Universität Kiel. Den durch Wissenschaftsministerin Wende genannten Kostenrahmen hat er nicht in Frage gestellt. An dieser Verantwortung wird er sich messen lassen müssen.“

In namentlicher Abstimmung wiesen die Koalitionsfraktionen den Oppositionsantrag auf Rücknahme des Gesetzentwurfes ab. Dieser wurde in den Ausschuss verwiesen.

Link zur Rede von Daniel Günther:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemitteilungen/2014-04-09_Daniel_Guenther_4261.html

Link zur Pressemitteilung von Johannes Callsen:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2014-04/09/15-39-39-12d7/>



Hochschulpolitiker Daniel Günther, MdL

CDU-Fraktion in Aktueller Stunde für Vorratsdatenspeicherung und schnellere Genehmigung von Wind Landtag diskutiert über Entscheidungen aus Berlin und Luxemburg

Zwei Themen waren heute Gegenstand einer Aktuellen Stunde: die Einigung zwischen Bund und Ländern zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sowie das Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur Vorratsdatenspeicherung.

Die Aktuelle Stunde zum EEG war von den Regierungsfractionen beantragt worden. CDU-Fraktionschef Johannes Callsen mahnte einen realistischeren Blick auf den verhandelten Kompromiss an. „Ein Grund für Jubelausbrüche – wie es der Ministerpräsident in seiner Pressemitteilung am 2. April getan hat – ist diese Einigung nicht. Vielmehr bedeutet sie für Schleswig-Holstein Licht und Schatten zugleich.“ Eine Woche nach der Einigung im Bundeskanzleramt zur EEG-Reform hatte sich das Bundeskabinett gestern auf einen entsprechenden Gesetzentwurf verständigt. Callsen betonte, die Landesregierung müsse ihre eigenen Hausaufgaben machen. So dauere die Genehmigung neuer Windkraftanlagen viel zu lange.

Nachdem der Europäische Gerichtshof am gestrigen Dienstag sein Urteil zur Vorratsdatenspeicherung gesprochen hatte, diskutierte heute der Schleswig-Holsteinische Landtag über die Entscheidung der Richter. Hier zeigte sich, wie uneins die Regierungskoalition in dieser Frage sind. Innenminister Andreas Breitner hielt die Vorratsdatenspeicherung nach wie vor für erforderlich. Der datenschutzpolitische Sprecher der Grünen, Rasmus Andresen, erklärte, seine Fraktion habe damit ein Problem. Er deutete sogar an, dass Grundrechtsfragen besser nicht im Innenministerium, sondern im Justizministerium aufgehoben sein könnten.

Der datenschutzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Axel Bernstein, wies in seinem Redebeitrag erneut daraufhin, dass das Urteil keineswegs im Widerspruch mit der im Koalitionsvertrag auf Bundesebene getroffenen Regelung stehe. Er forderte einen zügigen Gesetzgebungsprozess. Den Abgeordneten der Piraten und der FDP riet er, den Urteilstext bis zum Ende durchzulesen. „Der Weg für die Vorratsdatenspeicherung ist frei“, so Dr. Bernstein.

Pressemitteilung zum Debattenbeitrag von Johannes Callsen:
http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-04-09_Pressemeldung_4257.pdf

Pressemitteilung zum Debattenbeitrag von Dr. Axel Bernstein:
http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-04-09_Pressemeldung_4262.pdf

Landtag berät CDU-Antrag zum Wohnungsbau CDU-Fraktion warnt vor zusätzlichen bürokratischen Hürden



Peter Lehnert, MdL

Auf Antrag der CDU-Fraktion (Link siehe unten) debattierte der Schleswig-Holsteinische Landtag heute über die Zukunftsperspektiven für den Wohnungsbau in Schleswig-Holstein. „Wir fordern die Landesregierung auf, sich im Rahmen eines Gesamtkonzeptes aktiv für die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum in Schleswig-Holstein einzusetzen“, begründete der CDU-Redner Peter Lehnert den Antrag.

Wichtigste Voraussetzung sei die Beschleunigung der Ausweisung neuer Wohnbauflächen. Das gelte insbesondere für das Hamburger Umland, auf Sylt und in gewissem Maße auch für die kreisfreien Städte Lübeck, Kiel und Flensburg. „Wohnen muss für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleiben“, so der CDU-Abgeordnete.

Lehnert forderte die Landesregierung auf, die Erhöhung der Grunderwerbssteuer auf den höchsten Satz aller Bundesländer rückgängig zu machen. Außerdem müsse Forderungen aus den regierungstragenden Fraktionen, die Grundsteuer in den Kommunen flächendeckend

anzuheben, eine klare Absage erteilt werden. Selbstverständlich bleibe das Recht der kommunalen Selbstverwaltung, in begründeten Einzelfällen zu einer Anpassung der Hebesätze zu kommen, davon unberührt.

Lehnert warnte die Landesregierung vor der Schaffung zusätzlicher bürokratischer Hürden, die den künftigen Erfolg der gemeinsam verabredeten wohnungsbaupolitischen Initiativen gefährdeten. „Je mehr die Bürokratie zunimmt und massiv in Eigentumsrechte eingreift, desto größer ist die Gefahr, dass sich die Akteure im Bereich des Wohnungsbaus nach und nach aus ihrer aktiven Mitarbeit verabschieden. Die Warnungen davor werden immer unüberhörbarer“, so Lehnert.

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1700/drucksache-18-1733.pdf>

Link zur Rede von Peter Lehnert:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-04-09_Pressemeldung_4264.pdf

Scheidende Bürgerbeauftragte Birgit Wille berichtet dem Landtag 43-jährige Juristin Samiah El Samadoni wird neue Beauftragte für soziale Angelegenheiten



Sozialpolitikerin Katja Rathje-Hoffmann

In der heutigen Landtagssitzung berichtete die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheit zum letzten Mal dem Landtag. Am 31. Mai 2011 wurde Birgit Wille in dieses Amt gewählt. Während ihrer Amtszeit hat Sie und Ihr Team mehr als 42.000 Fälle bearbeitet.

„Frau Wille, wir, meine Fraktion und ich danken Ihnen recht herzlich für ihren beispielhaften Einsatz, ihre Mühen, ihr Engagement, für ihre unkomplizierte Hilfe für die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein. Danke für Ihre Beharrlichkeit, Ihren Mumm und Ihren Einsatz in den vergangenen 13 Jahren“, erklärte die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Katja Rathje-Hoffmann.

Im Anschluss an den Bericht von Birgit Wille erfolgte die Wahl der neuen Beauftragten für soziale Angelegenheiten. Schon im Vorfeld hatte die Wahl für Wirbel gesorgt. In einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz am 25. März hatte SPD-Fraktionschef Ralf Stegner bekannt gegeben, die Regierungsfractionen hätten sich auf die 43-jährige Juristin Samiah El Samadoni geeinigt.

Die Opposition war allerdings erst kurz vor der Pressekonferenz über diese Personalie

informiert worden. Da die Beauftragten ihr Amt für den gesamten Landtag wahrnehmen, wird üblicherweise versucht, über die Besetzung im Vorfeld einen möglichst breiten Konsens herzustellen.

„Dies geschieht nicht, indem Herr Stegner kurz vor einer angesetzten Pressekonferenz die Oppositionsfraktionen über seine Entscheidung informiert“, hatte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp, zum Verfahren erklärt.

Die Kandidatin wurde heute vom Landtag für sechs Jahre gewählt. Bei der geheimen Abstimmung im Plenum erhielt Samiah EL Samadoni 52 Stimmen von insgesamt 68 Abgeordneten.

„Frau El Samadoni, wünschen wir viel Erfolg und vor allem viel Spaß an ihrer neuen Arbeit für die Menschen im Land“, so Rathje-Hoffmann.

CDU fordert Einhaltung vertraglicher Grundlagen mit Muschel- und Krabbenfishern Fischereiminister Habeck legt Bericht vor

Auf Antrag der FDP-Fraktion berichtete die Schleswig-Holsteinische Landesregierung heute über die aktuelle Situation, sowie über die Zukunft der Krabben- und Muschelfischerei in schleswig-holsteinischen Nordseeküstengewässern.

„Die Krabbenfischerei ist ein unverzichtbarer Bestandteil an unserer Nordseeküste. Sie sichert nicht nur die wirtschaftliche Existenz zahlreicher Fischerfamilien – und wir haben es in der Struktur wirklich noch mit klassischen Familienbetrieben zu tun – sondern ist auch Teil der kulturellen Identität an der Küste“, erklärte Klaus Jensen, fischereipolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Ein Ziel der Krabbenfischerei und der Landesregierung sei die Zertifizierung nach MSC-Kriterien, um die Nachhaltigkeit dieser Fischerei nachzuweisen und die Vermarktung der Krabben auch künftig sicher zu stellen und zu verbessern.

Der CDU-Abgeordnete erinnerte Minister Habeck in diesem Zusammenhang an sein Versprechen, dass das Zertifizierungsverfahren kein Trick sein solle, um im Nationalpark die Nullnutzungszonen zu erweitern. „Lassen Sie die Finger von den derzeitigen Fanggebieten. Weitere Gebietsschließungen werden von der Fischerei strikt abgelehnt und das aus gutem Grund“, so Jensen.

Auch im Hinblick auf die Muschelfischerei warnte der CDU-Abgeordnete vor Verschärfungen der genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen. Die entsprechende schriftliche Vereinbarung zwischen Land und Erzeugergemeinschaft gelte bis 2026.

„Man mag zur Muschelfischerei ja ein getrübbtes Verhältnis haben, aber auch für die Landesregierung und den Umweltminister gelten rechtliche und vertragliche Grundlagen“, erklärte Jensen.

Link zur Pressemitteilung:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-04-09_Klaus_Jensen_4260.html



Klaus Jensen, MdL

Lübeck endlich auf dem Weg zur Stiftungsuniversität Gesetzentwurf nimmt nach zwei Jahren erste Hürde im Landtag

Die Lübecker Hochschule soll in eine Stiftungsuniversität umgewandelt werden – so sieht es ein Gesetzentwurf vor, den der Landtag heute zur weiteren Beratung in den Bildungsausschuss überwiesen hat. Damit ist die erste große Hürde für die Lübecker Universität auf dem Weg dorthin genommen. Der Gesetzentwurf stammt im Kern noch aus der Feder des früheren CDU-Wirtschaftsministers Jost de Jager. Allerdings habe die Bildungsministerin Prof. Dr. Waltraud Wende den Gesetzentwurf künstlich aufgebläht, kritisierte der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Daniel Günther, in seinem Debattenbeitrag. Die CDU werde im Ausschuss daher darauf hinwirken, dass das Gesetz verschlankt werde.

Pressemitteilung Daniel Günther, MdL:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-04-09_Pressemeldung_4261.pdf

Gesetzentwurf:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1700/drucksache-18-1724.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de